

MOTION von Anita Borer (SVP, Uster), Christoph Ziegler (GLP, Elgg) und Angie Romero (FDP, Zürich)

betreffend Regelklassen endlich wirksam entlasten

Der Regierungsrat wird aufgefordert, die Bildungsgesetzgebung wie folgt zu ändern:

Es ist gewährleistet, dass jedes Kind die Möglichkeit hat, in einer Kleinklasse beschult zu werden, wo dies für das Kind und/oder für den Unterrichtsbetrieb der Regelklasse angezeigt ist. Der Wechsel von einer Kleinklasse in eine Regelklasse soll möglich sein und in der Regel auch angestrebt werden.

Nur wo eine Kleinklasse aus ökonomischen Gründen ausnahmsweise nicht möglich ist, sind vergleichbare Auszeitstrukturen anzubieten. Auch bei diesen sollen aber die Klassenlehrpersonen nachhaltig und vollständig von der Fallführung des entsprechenden Kindes befreit werden.

Die Gemeinden entscheiden über die Abläufe und Kriterien, die zu einer Einteilung in eine Kleinklasse und zur Rückführung in eine Regelklasse führen.

Die Gemeinden entscheiden ebenso über die Verteilung der ihnen für sonderpädagogische Massnahmen zugeteilten Ressourcen zu Gunsten verschiedener sonderpädagogischer Angebote.

Begründung

Eine starke Volksschule, die den Schülerinnen und Schülern fundiertes Wissen vermittelt, ist uns wichtig. Das Bildungsniveau der Volksschule darf nicht weiter sinken. Um eine qualitativ hochstehende Schulbildung auch in Zukunft zu gewährleisten, muss auch das Schulsystem funktionieren. Es gilt, den Planungs- und Koordinationsaufwand so gering wie möglich zu halten.

In diesem Zusammenhang bringt insbesondere die Integration von verhaltensauffälligen Kindern die Regelklassen immer mehr an ihre Grenzen. Die schulische Integration hat entsprechend auch in der Bevölkerung ihre Akzeptanz verloren (siehe Umfragen von Tamedia und NZZ, publiziert Anfang 2023).

Die Zahl der sonderpädagogischen Massnahmen und die entsprechenden Kosten sind in den letzten Jahren stärker als die Zahl der Schülerinnen und Schüler gestiegen. Obwohl der integrative Unterricht zu einer Entlastung von Lehrpersonen und Finanzen hätte führen sollen, ist das Gegenteil davon eingetroffen. Der Koordinationsaufwand, die Unruhe wie auch die Kosten sind gestiegen. Die Klassenlehrpersonen werden entsprechend stärker belastet. Zugleich ist die Anzahl extern beschulter Kinder nicht wie beabsichtigt gesunken.

Gemäss der «Verordnung über Sonderpädagogischen Massnahmen» können Gemeinden bereits heute Kleinklassen für Schülerinnen und Schüler mit besonders hohem Förderbedarf führen. Leider führen die heutigen Vorgaben zur Verwendung der Volzeiteinheiten für den integrativen Unterricht dazu, dass mögliche Ressourcen für Kleinklassen in den Regelklassen eingesetzt werden.

Es gibt Schülerinnen und Schüler, die in einer Kleinklasse besser geschult werden können. In Kleinklassen kann auf die betroffenen Schülerinnen und Schüler für einen bestimmten oder unbestimmten Zeitraum intensiv eingegangen werden. Kleinklassen sollen daher als niederschwellige Angebote wieder zum Grundangebot gehören. Finanziell lohnt es sich letztlich,

denn mit dem Angebot können spätere Kosten für Fremdplatzierungen und externe Sonder-
schulungen vermieden und Klassenlehrpersonen entlastet werden.

Anita Borer
Christoph Ziegler
Angie Romero